

**Antragsteller**

Firma und Ansprechpartner

Geschäftsanschrift: Straße und Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Telefax

**An das  
Ministerium für Umwelt  
Referat A/4  
Keplerstraße 18  
66117 Saarbrücken**

**I. Antrag auf Gewährung einer Zuwendung  
aus dem Saarländischen Umweltmanagement-Förderprogramm**

|             |  |
|-------------|--|
| <b>I.</b>   | <p>Der Antragsteller beabsichtigt folgende Maßnahme gemäß dem Saarländischen Umweltmanagement-Förderprogramm durchzuführen:</p> <p> <input type="checkbox"/> Einführung EMAS                      <input type="checkbox"/> Vorbereitende Maßnahmen<br/> <input type="checkbox"/> Einführung DIN EN ISO 14001    <input type="checkbox"/> .....<br/> (Sonstige Maßnahmen / ggf. gesondertes Blatt beifügen) </p> <p><b>Die Finanzierung der Maßnahme ist wie folgt vorgesehen:</b></p> <p>Voraussichtliche Gesamtausgaben <input type="text"/> EUR</p> <p>Die Gesamtkosten sollen im Einzelnen wie folgt finanziert werden:</p> <p>a) Eigenmittel <input type="text"/> EUR</p> <p>b) zweckgebundene Einnahmen, davon<br/>Zuweisungen und Zuschüsse Dritter <input type="text"/> EUR</p> <p>c) beantragte Zuwendung <input type="text"/> EUR</p> |
| <b>II.</b>  | <p>Der Zuwendungsempfänger ist allgemein oder für das beantragte Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz berechtigt.</p> <p> <input type="checkbox"/> ja                                      <input type="checkbox"/> nein </p>  |
| <b>III.</b> | <p><b>Bankverbindung</b></p> <p>Kreditinstitut .....</p> <p>Konto-Nr. <input type="text"/> BLZ <input type="text"/></p>  |

IV.

**Erklärung**

Ich/Wir versichere/n,

- dass mit dem Vorhaben **noch nicht begonnen wurde** und **vor dem Erhalt des Zuwendungsbescheides** oder der **schriftlichen Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn** durch das Ministerium für Umwelt, Referat A/4, auch **nicht begonnen wird**. Als Maßnahmenbeginn gilt der **Abschluss eines Leistungsvertrages**, der der Ausführung der Maßnahme zuzurechnen ist;
- dass die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist;
- dass das Vorhaben im Saarland durchgeführt wird;
- dass das Vorhaben ohne die beantragte Zuwendung nicht/nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung durchgeführt würde;
- dass ich/wir jede nachträgliche Änderung der Angaben unverzüglich der Bewilligungsbehörde anzeigen werde/n;
- dass ich/wir alle in den Antragsunterlagen enthaltenen Angaben vollständig und wahrheitsgetreu gemacht habe/n. Mir/uns ist bekannt, dass von den Angaben dieses Antrags die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung und das Belassen der Zuwendung abhängen. Sie sind subventionserhebliche Tatsachen im Sinn der §§ 263 und 264 des Strafgesetzbuchs. Unrichtige Angaben können als Subventionsbetrug bestraft werden. Dies gilt auch für im Rahmen des Verwendungsnachweises vorzulegende Rechnungen und Verträge sowie die Verletzung von Mitteilungspflichten. Hierzu gehören meine/unsere Angaben über die persönlichen, wirtschaftlichen und betrieblichen Verhältnisse, insbesondere meine/unsere Angaben zu den voraussichtlichen Kosten des Vorhabens, zu dem Finanzierungsplan und zu der Frage, ob weitere öffentliche Zuwendungen für das Projekt beantragt/gewährt werden/wurden. Daneben ist mir/uns bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen;
- dass mir/uns bekannt ist, dass eine Bearbeitung des Antrages nur möglich ist, wenn dieser vollständig ausgefüllt und um alle erforderlichen Anlagen ergänzt wird.

Mir/uns ist bekannt,

- dass die Maßnahme mit Mitteln der Europäischen Union (EFRE) gefördert wird;
- dass gemäß § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Einrichtung einer Fördermitteldatenbank im Saarland (SFöDG) vom 02. April 2003 (Amtsbl. S. 1402 ff.) meine/unsere personenbezogenen Daten im Sinne des SFöDG und der Saarländischen Fördermitteldatenbankverordnung (SFöDVO) vom 13. Januar 2004 (Amtsbl. S. 101 ff.) gespeichert und verarbeitet werden;
- dass nach EU-Recht die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, im Interesse einer verbesserten Transparenz über alle gewährten Zuwendungen mindestens einmal jährlich ein Verzeichnis zu veröffentlichen, das Auskunft gibt über die einzelnen Begünstigten, die geförderten Vorhaben bzw. Maßnahmen, für die die Zuwendungen gewährt wurden, sowie die Höhe der jeweils bereitgestellten öffentlichen Mittel. Mit der Aufnahme in ein solches Verzeichnis erkläre ich mich einverstanden;
- dass für das Zuwendungsverfahren neben den sonstigen zuwendungsrechtlichen Bestimmungen die Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Haushaltsordnung des Saarlandes (VV zu § 44 LHO) einschließlich Anlagen (Gemeinsames Ministerialblatt Saar 2001, S. 590 ff.) gelten und ich/wir diese anerkennen.

Ich/wir bin/sind damit einverstanden, dass Daten bezüglich Zuwendungsempfänger, -zweck und -höhe im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Umwelt verwendet werden. (Die eventuelle Verweigerung dieser Zustimmung hätte keine Auswirkungen auf das Zuwendungsverfahren).

.....  
(Ort, Datum).....  
(rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin)**Anlagen:**

- Angaben zur Größe und zum Umsatz des Unternehmens und der Zahl der Beschäftigten
- Zeitplan/Arbeitsprogramm für die Durchführung des Umwelt-Audits
- Kostenvoranschläge
- De-minimis-Erklärung (Anlage)
- Sonstige .....
- .....

**Unternehmen:** .....

**Anschrift:** .....

**Förderkennzeichen:** .....

**Erklärung  
zum Antrag auf Gewährung einer „De-minimis“-Beihilfe**

(Zutreffendes bitte ankreuzen und ausfüllen)

Zu beachtende Erläuterungen:

Nach der Verordnung (EG) 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen<sup>1</sup> sind unter „De-minimis“-Beihilfen staatliche Beihilfen bis zu 200.000 EUR (im Straßentransportsektor bis zu 100.000 EUR) bezogen auf einen Zeitraum von drei Steuerjahren zu verstehen, die bei der Europäischen Kommission nicht zur Genehmigung angemeldet werden müssen. Gemäß der genannten Verordnung sind die Bewilligungsbehörden verpflichtet, vom begünstigten Unternehmen eine vollständige Übersicht über die in den vorangegangenen zwei Steuerjahren sowie im laufenden Steuerjahr erhaltenen „De-minimis“-Beihilfen zu verlangen und die Kumulierbarkeit mit anderen staatlichen Beihilfen zu überprüfen.<sup>2</sup>

Das antragstellende Unternehmen ist im Straßentransportsektor tätig:  ja  nein

Ich erkläre, dass mir im laufenden Steuerjahr und in den zwei vorangegangenen Steuerjahren über die beantragte „De-minimis“-Beihilfe **für dieselben förderbaren Kosten** hinaus

- keine weiteren „De-minimis“-Beihilfen
- die nachstehend aufgeführten „De-minimis“-Beihilfen

im Sinne der bereits genannten Verordnung (EG) 1998/2006 bzw. der Verordnung (EG) 69/2001 vom 12.01.2001<sup>3</sup> gewährt wurden (von der jeweiligen Bewilligungsbehörde im Bewilligungsbescheid bezeichnet):

| Datum des Zuwendungsbescheides/-vertrages | Zuwendungsgeber (Beihilfengeber)<br>Az. bitte angeben | Form der Beihilfe (z.B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft) | Fördersumme in EUR | Subventionswert in EUR |
|---|---|---|--------------------|------------------------|
|   |   |   |                    |                        |
|   |   |   |                    |                        |
|   |   |   |                    |                        |
|   |   |   |                    |                        |

<sup>1</sup> Amtsblatt der EU L 379/5 vom 28.12.2006.

<sup>2</sup> vgl. u.a. Artikel 3 der Verordnung.

<sup>3</sup> Amtsblatt der EU L 10/30 vom 13.01.2001.

Darüber hinaus habe ich im laufenden sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren

- keine weiteren „De-minimis“-Beihilfen beantragt.
- die nachstehend aufgeführten „De-minimis“-Beihilfen beantragt, die noch nicht bewilligt wurden:

| Datum des Förderantrages | Zuwendungsgeber (Beihilfengeber)<br>Az. bitte angeben | Form der Beihilfe (z.B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft) | Fördersumme in EUR | Subventionswert in EUR |
|--------------------------|---|---|--------------------|------------------------|
|                          |   |   |                    |                        |
|                          |   |   |                    |                        |
|                          |   |   |                    |                        |
|                          |   |   |                    |                        |

Die hier beantragte „De-minimis“-Beihilfe wird

- nicht mit weiteren Beihilfen für dieselben förderbaren Aufwendungen kumuliert.
- mit folgender/n Beihilfe/n für dieselben förderbaren Aufwendungen kumuliert,

jedoch wird dabei die sich aus der Rechtsgrundlage der anderen Beihilfe, die keine „De-minimis“-Beihilfe darstellt, ergebende maximale Förderintensität nicht überschritten.

- mit folgender/n Beihilfe/n für dieselben förderbaren Aufwendungen kumuliert; die maximale, sich aus der Rechtsgrundlage der anderen Beihilfe, die keine „De-minimis“-Beihilfe ist, ergebende, Förderintensität wird dabei um einen Betrag in Höhe von ..... EUR (Subventionswert ..... EUR) überschritten.<sup>4</sup>

| Datum des Zuwendungsbescheides/-vertrages | Zuwendungsgeber (Beihilfengeber)<br>Az. bitte angeben | Form der Beihilfe (z.B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft) | Fördersumme in EUR | Subventionswert in EUR |
|---|---|---|--------------------|------------------------|
|   |   |   |                    |                        |
|   |   |   |                    |                        |
|   |   |   |                    |                        |
|   |   |   |                    |                        |

Mir ist bekannt, dass die vorstehend gemachten **Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB)** sind. Nach dieser Vorschrift wird u.a. bestraft, wer einem Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen für sich oder einen anderen **unrichtige oder unvollständige Angaben** macht, die für ihn oder den anderen vorteilhaft sind (**Subventionsbetrug**).

Ich verpflichte mich, Änderungen der vorgenannten Angaben der die Beihilfe gewährenden Stelle mitzuteilen, sofern sie mir vor der Zusage für die hier beantragte Förderung bekannt werden.

.....  
 (Ort, Datum) (rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin)

<sup>4</sup> vgl. u.a. Artikel 2 Abs. 5 der Verordnung.

## **ACHTUNG!**

Sie dürfen mit der **Maßnahme erst beginnen, wenn** Sie einen **Zuwendungsbescheid erhalten haben**. Als **Maßnahmebeginn** gilt **der Abschluss eines Leistungsvertrages (Auftragsvergabe)**.

Die Bewilligungsbehörde kann **auf schriftlichen Antrag** die **Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn** erteilen. Die **Zustimmung** zum vorzeitigen Maßnahmebeginn **erfolgt schriftlich**. Auch hierbei gilt, dass mit der Maßnahme erst nach Erhalt der schriftlichen Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn begonnen werden darf.

### **II. Antrag auf Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn**

Ich beantrage hiermit die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn nach Nr. 4.1 des Saarländischen Umweltmanagement-Förderprogramms.

Ich weiß, dass aus der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn nicht auf die Gewährung einer Zuwendung geschlossen werden kann. Ich bin daher willens, die Maßnahme auf eigenes finanzielles Risiko durchzuführen und vorzufinanzieren. Ich erkläre, dass zumindest eine Vorfinanzierung möglich ist. Ich weiß auch, dass die Zustimmung nur erteilt wird, wenn der Zuwendungsantrag vollständig ist und der Zuwendungsantrag sowie der Antrag auf Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn unterschrieben sind.

Meinen Antrag begründe ich wie folgt:

.....

.....

.....

.....

.....

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin)